

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

26.11.1910 (No. 325)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 26. November

№ 325

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für den Monat

Dezember

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Kammerherrn und Legationsrat im Ministerium des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Freiherrn Heinrich von Red die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Königlich Preussischen Kronen-Ordens II. Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Kaiserlichen Konsul in Sansibar Haug die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ehrenkreuzes III. Klasse des Schaumburg-Weimarschen Hausordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 16. November d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Notar Alexander Beck in Karlsruhe das Ritterkreuz I. Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Bähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 17. November d. J. gnädigst geruht, den Notar Alexander Beck in Karlsruhe auf sein untertänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste auf 31. Dezember d. J. in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 17. November 1910 gnädigst geruht, den Notar Wilhelm Simon in Forzheim in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe zu versetzen.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat mit Wirkung vom 1. Januar 1911 an dem Genannten den Notariatsdistrikt Karlsruhe V und dem Notar Emil Leichten in Karlsruhe den Notariatsdistrikt Karlsruhe II zugewiesen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Reichstag.

Berlin, 24. November.

Nach der Wahl des zweiten Vizepräsidenten wird die Besprechung der Interpellation betreffend die Nahrungsmittel- bzw. Fleischsteuerung fortgesetzt.

Abg. Dr. Wiemer (Fortf. v. Bgg.): Notwendig ist eine Milderung des Fleischbeschaugesetzes. Vor allem muß für billigere Futtermittel gesorgt werden. Als Abhilfe gegen die fortwährende Teuerung ist auch die Förderung der inneren Kolonisation zu empfehlen. Vorwärts können wir nur dann kommen, wenn die Zunterpolitik erkräftigt wird durch die Bauernpolitik.

Abg. Paasche (nall.): Die Preise sind tatsächlich hoch geworden, und treffen den Konsumenten schwer. Man sollte das aber nicht ausnutzen, um unsere bewährte Wirtschaftspolitik umzuwerfen. Auch in England, im Lande des Freihandels, klagt man über eine Verteuerung der Lebensmittel. Alle Produktionskosten sind gewachsen. Die Landwirtschaft tut in der Viehproduktion das Mögliche. Diese Arbeit ist tatsächlich mühsam und von ihr ziehen die jüngeren Arbeiter in die Stadt. Die heimische Produktion muß so gestaltet werden, daß sie auch in Zukunft den deutschen Markt zu versorgen vermag. Notstandspreise können unserer Landwirtschaft nichts nützen. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Frhr. v. Camp (Reichsp.): Wir wollen stabile, nicht hohe Preise. Bei internationalem Fleischmangel nützt auch die Öffnung der Grenzen nichts. Die Mittel, die der Teuerung begegnen sollen, dürfen jedenfalls nicht die Landwirtschaft gefährden. Die Einbringung eines Fideikommissgesetzes ist notwendig, um den kleinen Besitz zu

fördern. Ein Antrag selbst auf schrittweise Abschaffung der Zollpolitik würde auch von den Freijüngigen abgelehnt werden. Der deutsche Bauer ist viel zu klug, als daß er nicht seine wahren Freunde erkennen würde.

Abg. Fürst Radziwill (Kole): Jedenfalls herrscht in weiten Kreisen das Gefühl, daß seit geraumer Zeit eine außerordentliche Fleischteuerung besteht, die zu einer allgemeinen Volksalamität ausarten könnte. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch weite Schichten des Mittelstandes müssen ihren Fleischkonsum einschränken. Besonders für Oberchlefen muß schleunigst Abhilfeerkehrung getroffen werden.

Abg. Trimborn (Zentr.) führt aus:

Als Vertreter der zweitgrößten Stadt Preußens bin ich für die bestehende Wirtschaftspolitik. Seit ihrem Beginn hat Deutschland einen wirtschaftlichen Aufschwung ohne gleichen genommen. (Beifall rechts, Lachen links.) Es gibt nicht nur ein städtisches, sondern auch ein ländliches Proletariat. Französische Politiker haben anerkannt, daß die deutsche Wirtschaftspolitik auch ihnen zugute kommt. Deutsche, wie z. B. Schuppel und Dr. Schulz-Münch, sind derselben Meinung. Der letztere ist sogar der Meinung, die Aufhebung der Schutzzölle wäre gleichbedeutend mit der Vernichtung der deutschen Landwirtschaft. Was sagen Sie (zu den Sozialdemokraten) dazu? (Schallende Heiterkeit.) Allerdings wird man abwarten müssen, was aus diesen Genossen wird. (Heiterkeit.) Die Fleischteuerung ist nicht größer als in früheren Jahren. Da von Fleischmangel zu sprechen, ist geradezu dumm. Dennoch ist die jetzige Preissteigerung ungewöhnlich hoch und läßt sich nicht allgemein begründen. Jedenfalls trifft die Landwirtschaft daran nicht die Schuld, das sage ich als Vertreter einer Großstadt. Es fehlen aber genaue Angaben, wie sich die Produktionskosten im einzelnen verteilen. Eine Enquete darüber wäre dringend wünschenswert, anstatt so vieler nutzloser Statistiken. Warum öffnet man die französische Grenze nur für Süddeutschland, Nordwestdeutschland muß entschädigt werden durch die Einfuhr holländischen Viehs, das trotz der hohen Transportkosten nach England geschickt wird. Für die Hebung unseres Viehstandes wären die Melioration der unendlichen Moorflächen von größter Bedeutung.

Der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer-Lieser ergreift darauf das Wort:

Die in so poetischen Farben von dem Abg. Trimborn bei den holländischen Trüben geschilderten Zustände (Heiterkeit), muß ich doch etwas beleuchten. Dem Mufe nach Öffnung der holländischen Grenzen für lebendes Vieh kann ich eine weitere Folgeleistung nicht in Aussicht stellen. Holland ist an einzelnen Stellen nicht seuchenfrei, auch würde Holland nicht in der Lage sein, soviel Vieh abzugeben, daß eine ins Gewicht fallende Ermäßigung der Fleischpreise davon zu erwarten stände. Die Grenzöffnung würde übrigens nur einen vorübergehenden Preisrückgang zur Folge haben. Wie sich die einheimischen Züchter wegen des französischen Viehs fernhalten, so würde auch Köln alsbald wegen des holländischen Imports gemieden werden. Die Einfuhr aus Holland ist in den letzten Jahren wesentlich vermehrt worden, und damit ist dem Bedürfnis durchaus Rechnung getragen worden. Die jetzigen Notstandsbeisenbahntarife, die nicht mehr herabgesetzt werden können, nützen schon jetzt den Konsumenten sehr wenig. Eine Ermäßigung der Futterzölle würde bei den großen Vorräten auch keinen Einfluß haben; außerdem sind diese Zölle so niedrig, daß sie im Interesse der Reichsfinanzen kaum mehr herabgesetzt werden könnten. England hat übrigens seine Grenzen ebenfalls gegen Holland gesperrt (Gürt, Gürt!); dabei bezieht England über 50 Prozent seines Fleischbedarfes vom Ausland. Was das im Falle eines Krieges für den Arbeiter in England zu bedeuten hat, ist klar. (Sehr wahr!) Dann ist die Abnahme der Vindergabe mit der Fleischteuerung in Zusammenhang gebracht worden, aber wegen der jetzigen Fleischteuerung ist noch kein Kind in Deutschland weniger zur Welt gebracht worden. Es gibt, wie man sagt, Leute, die Kinder nicht mehr als ein Glück und einen Gottesgesegen ansehen, sondern als eine Last. Die deutsche Landwirtschaft steht solchen Anschauungen allerdings fern, vielmehr empfiehlt es sich für die Städte, Maßnahmen zu treffen, wie sie in Koburg-Gotha und Charlottenburg getroffen worden sind; dort bezieht man ausländisches Fleisch und verkauft es gegebenenfalls selber. Jedenfalls haben wir heute keinen Anlaß zur besonderen Besorgnis. (Bravo rechts und in der Mitte.)

Abg. Werner (Reform.): Die großen Städte mögen die Schlachthofgebühren ermäßigen, in erster Linie Berlin.

Abg. Dr. Köfke (kon.): Ich möchte die Regierung dringend warnen, weiter fortzuschreiten auf dem Wege, die Kette des Schicksals unserer deutschen Viehproduktion zu durchbrechen. Nötig für den Landwirt ist ein ländlicher Zolltarif. Deutschland muß seinen Fleischkonsum selbst decken können, und wir werden jedenfalls unsere jetzige Produktion erhöhen müssen. Vor einem Weltfleischtrist kann uns nur eine starke eigene Produktion schützen. (Beifall rechts.)

Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Nächste Sitzung morgen, Freitag 1 Uhr. Rest der heutigen Tagesordnung. Schluß 3/8 Uhr.

Der neue zweite Vizepräsident des Reichstags, Landgerichtsrat Schulz, vertritt im Reichstag die Stadt Bromberg, wo er auch sein richterliches Amt ausübt. Er wurde im Jahre 1860 in Karolewo im Kreise Bromberg als Sohn eines Rittergutsbesizers geboren. Nach Absolvierung seines Studiums in Tübingen und Berlin und Erledigung der Vorbereitungszeit war er zunächst Amtsrichter in Bongrowitz, dann seit 1900 Landrichter in Bromberg. Dem Reichstage gehört er seit 1907 an. Er wurde als Angehöriger der Reichspartei und Nachfolger des Abg. v. Tiedemann gewählt, der sich bei der letzten Reichstagswahl nicht mehr aufstellen ließ. Seine Fähigkeit als Verhandlungsleiter hat er besonders als Vorsitzender der Reichsversicherungskommission erwiesen. Auch gegenwärtig leitet er die Kommissionsverhandlungen über die Reichsversicherungsordnung. Herr Schulz ist mit 106 gegen 56 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt worden. Die bürgerliche Linke hat sich, lt. „Frankf. Ztg.“, größtenteils der Stimme enthalten, doch muß wohl ein Teil der 52 Stimmen, die auf Herrn Singer fielen, von volksparteilicher Seite stammen, da die sozialdemokratische Fraktion nicht vollständig vertreten war. -- Mit der Wahl des Abg. Schulz tritt übrigens der seltene Fall ein, daß dem Präsidium nur Vertreter preussischer Wahlkreise angehören. Gewöhnlich gehörte dem Präsidium mindestens ein Nichtpreuße an.

Gegenüber anderslautenden Meldungen hat die „Ab. Westf. Ztg.“ an amtlicher Stelle erfahren, daß es der ausdrückliche Wunsch des Reichsamt des Innern ist, den Entwurf zur Privatbeamtenversicherung, der dem preussischen Handelsminister zur Begutachtung vorliegt, so bald als möglich dem Reichstag vorzulegen. Wenn keine unvorhergesehenen Hindernisse eintreten, dürfte die Vorlage nach Weihnachten dem Parlamente zugehen.

Nach der „Post“ beabsichtigen die bürgerlichen Parteien zu der sozialdemokratischen Anfrage wegen der Königsberger Kaiserrede ihrerseits nur kurze Erklärungen abzugeben. Es schweben noch Verhandlungen, ob nicht namens sämtlicher bürgerlicher Parteien der Abg. Bassermann eine Erklärung abgeben soll.

Die Mehrheit der Zentrumsfraktion wird sich für eine Aufnahme des Prof. Spahn aussprechen; eine Minderheit soll nicht einverstanden sein.

Deutsches Reich.

* Die sächsische Regierung und die Reichstagswahlen.

Über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu den kommenden Reichstagswahlen wird Wolffs Sächsischem Landesdienst regierungsoffiziös mitgeteilt: Die bevorstehenden Reichstagswahlen haben überhaupt noch nicht den Gegenstand besonderer Erörterungen im Schoße der Regierung gebildet. Ein direktes Eingreifen der Regierung durch den Verwaltungsapparat des Ministeriums des Innern ist in Sachsen völlig ausgeschlossen, da die Verwaltungsbeamten zu einer direkten Betätigung in politischer Beziehung bisher noch niemals angehalten worden sind und auch in Zukunft nicht angehalten werden. Weiter bestehen innerhalb der sächsischen Regierung keine Stimmungsunterschiede, „den Dingen ihren Lauf zu lassen“, oder „eine Wiederholung der Reichstagswahlen von 1903 zu verhindern“. Die Mitglieder der Regierung sind vielmehr stets bestrebt, lediglich die ihren Ressorts unterstellten Angelegenheiten sachlich ohne politische Nebenabsichten zu erledigen. Ohne jeden Zusammenhang mit den Reichstagswahlen aber stehen die aus der Vormäusenzyklia entstandenen Affären, zu denen die Regierung überhaupt keine Stellung genommen hat. Ebenso wenig sind die Entschliessungen der Regierung in bezug auf die Reichstagswahlen in wirtschaftlicher Hinsicht beeinflusst, da wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht nach der Gunst des Augenblicks, sondern nach den Bedürfnissen des Landes getroffen werden.

Vom Arbeitsmarkt im Monat Oktober

Berichtet das amtliche „Reichsarbeitsblatt“: Die schon im September beobachtete günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes hat im Berichtsmontat im allgemeinen weiter angehalten. Im Baugewerbe allerdings ließ die Beschäftigung nach. Auf dem Ruhrkohlenmarkt belebte sich das Geschäft. Im Saarreviere wurden größere

Mengen Kohle im Vergleich zum Vormonate gefördert; im ober-schlesischen Kohlenbergbau blieb beinahe alles beim alten. Im Braunkohlenbergbau trat eine merkliche Verschlechterung gegen den Vormonat ein. In der Metall- und Maschinenindustrie entwickelte sich das Geschäft weiter günstig. In der Textilindustrie scheint sich eine Aufwärtsbewegung zu vollziehen. Das Bekleidungs-gewerbe war nicht mehr so reichlich wie im Vormonate beschäftigt. Nach den Berichten der Krankenkassen hat sich der Beschäftigungsgrad im Laufe des Oktober weiter gehoben. In den Arbeitsnachweisziffern ist im Ver-gleiche zum Vorjahr eine Verbesserung des Arbeitsmar-ktes wahrzunehmen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Angaben vor-liegen, kamen im Oktober 1910 auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 163, bei den weiblichen 104 Arbeitsgeheude gegen 145 bzw. 87 im September 1910 und 173 bzw. 105 im Oktober 1909. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betragen im Oktober 165 866 710 M., d. i. 12 641 899 M. mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Das bedeutet eine Mehrerinnahme von 195 M. oder 6,52 v. H. auf 1 Kilometer.

Ablegung des Modernisteneides.

Am Dienstag fand, wie das bischöfliche Blatt, die „Noth. Volksstimme“, berichtet, in der festlich geschmückten Kapelle des Priesterseminars in Metz eine bedeutende Zeremonie statt. Der Bischof, die Generalvikare und Domherren, die Erzpriester des ganzen Bistums, die geistlichen Professoren aller Anstalten; alle hatten sich im vollen Ornat versammelt, um als die ersten in Deutschland den Eid gegen den Modernismus zu leisten. Nach dem Veni creator richtete Bischof Benzler eine längere Ansprache an die anwesenden Kleriker, deren Zahl gegen 200 betrug. Der Geist des Glaubens und die Treue gegen die Kirche, die den lothringischen Klerus auszeichne, mache letzterem den vom Papste allen Prie- stern der Welt befohlenen Eid leicht. Dem Papst Pius X. werde niemand den Vorwurf machen können, daß er nicht zur rechten Zeit seine warnende Stimme gegen den Mo- dernismus erhoben habe. Er habe nie aufgehört, auf die Gefahren des Modernismus aufmerksam zu machen; den Abschluß aller seiner aufklärenden Enzykliken bilde der jetzt verlangte Eid. Es wurde dann ein Telegramm an den Papst abgefaßt, in dem die Eidablegenden den Papst ihres kindlichen Gehorsams versichern und gegen die Be- schimpfungen, die seiner „geheiligten Person“ zugefügt werden, protestieren. Nachdem der Generalvikar das Glaubensbekenntnis verlesen, traten die Kleriker, je zwei und zwei vor den Altar und die Hand auf das Evan- gelium legend, leisteten sie den Eid in folgenden Worten: „Sic spondeo, sic juro, sic me Deus adjuvet et haec sancta Dei Evangelia.“ Ein jeder, der den Eid abgelegt hatte, trat dann zur Obedienz vor den Bischof und über- gab dem Generalsekretär das eigenhändig unterschriebene Glaubensbekenntnis. Der sakramentale Segen schloß den Akt.

* Eine nicht unberechtigte Mahnung.

Spricht die „Bad. Landesztg.“ in einem Artikel aus, der sich mit der Tagung der Karlsruher Ortsgruppe des Bundes der Festbedienten befaßt. Das Blatt schreibt: „Die Ausführungen des Redners, Chefredakteurs Fal- kenberg, enthalten einen Passus, der schärfsten Wider- spruch verdient. Wenn man die Erklärung des Redners liest, daß „der Bund der Festbedienten ohne Rücksicht auf die Parteien immer für die Vertreter des Volkes ein- trete, die das Forderungsprogramm des Bundes zu dem ihrigen machen“, so wird man sofort an die trefflichen Worte erinnert, die der Reichstagsabgeordnete Strefe- mann (jungst, Red.) über eine derartige einseitige rüch- sichtslose Vertretung eigener wirtschaftlicher Interessen im politischen Leben sprach. Stresemann führte damals u. a. aus, daß der Reichstagskandidat heutzutage nicht mehr von seinen Wählern gefragt werde, welche Stellung er zu den großen, das ganze deutsche Volk berührenden, wirtschaftlichen und nationalen Fragen einnehme, son- dern daß man versuchte, ihn auf die Programme kleiner und kleinster Interessengruppen festzulegen. Da würde der Kandidat z. B. gefragt, wie er sich zu den Standes- forderungen der Drogisten stelle; ob er bereit sei, alle Wünsche der Leutnanten zu vertreten, ob er sich den Inter- essen der Privatmusiker aufs entschiedenste annehmen wolle u. s. f. Wenn das im deutschen Reiche so fortgehe, würde es schließlich im politischen Leben nur noch einen erbitterten Kampf der Berufsstände untereinander, das heißt ein Kampf aller gegen alle geben. Was Strefe- mann da ausgeführt hat, ist leider nur zu wahr und richtig. Es ist wirklich tiefbedauerlich, daß im deutschen Volk die großen Ideale immer mehr zurücktreten hinter die kleinen wirtschaftlichen Fragen. Daß man bei uns immer mehr vergißt, daß alle einzelnen Gruppen nur ein Teil des großen Ganzen sind, und daß man für alle gleich sorgen muß, damit es dem Ganzen gut geht. Ge- wiß, jedermann wird es berechtigt finden, wenn die ein- zelnen Berufsgruppen sich rühren zur Hebung ihrer wirt- schaftlichen Lage, aber der Arbeiter darf z. B. keine Poli- tik verlangen, die die Landwirtschaft ruiniert, die Land- wirtschaft nicht eine Politik, die den Handel schädigt, der Beamte darf keine zu hohen Forderungen stellen, an denen die Gesamtheit zu schwer zu tragen hat.“

Berhärtete Gegensätze.

Der „Hannoversche Courier“ schrieb dieser Tage, man sei doch wohl nationalliberalerlei als zu beflissen gewe- sen, der Neigung zum Zusammengehen mit den Konser- vativen Ausdruck zu geben, und das sei mißverstanden worden und werde mißverstanden. Die „Kreuzztg.“ be- merkt dazu: So liegen die Dinge nicht. Auslassungen, wie die der Abgeordneten Fuhrmann und Dr. Friedberg, die in sehr platonischer Weise von einem Zusammengehen sprachen, dann dieses aber mit soviel teils verlausulierten, teils deutlichen Ansprüchen unmöglich machten, sind von uns als praktisch bedeutsam nicht angesehen worden. Sie möchten zwar im Gegensatz zu anderen nationallibe- ralen Kundgebungen einigermaßen sympathisch berührt; aber sie waren, wie man jetzt sieht, lediglich Aus- flüsse taktischer Spekulationen. Mit solchen unverbind- lichen Auslassungen kann man die Konservativen nicht „beröshnen“. Worte tun es jetzt auf keinen Fall mehr. Und wenn wir wahrnehmen, daß die Nationalliberalen in steigender Zahl mit den Fortschrittler Wahlbündnisse gegen unsere Partei abschießen, können wir unsere Par- teifreunde vor jeglicher Vertrauenslosigkeit gegenüber „entgegenkommenden“ nationalliberalen Auslassungen nur warnen.

* Übersicht.

Der Kaiser hat sein Erscheinen bei der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft bei deren Jubiläumssfeier zu- gesagt. Die Hauptversammlung der Gesellschaft in Berlin ist auf den 12. Dezember verlegt worden. Voraussichtlich wird der Monarch dieser Versammlung beiwohnen.

Der deutsche Gesandte in Brüssel, v. Stolow, überbrachte heute im Auftrage der deutschen Kaiserpaare einen herrlichen Blumenkorb für die erkrankte Königin von Belgien. — Der Gesundheitszustand der Königin ist stetig, das Allgemeinbefinden günstig.

Der vor kurzen zum Generalmajor beförderte Chef des Generalstabes des 15. Armeekorps v. Pappis ist zum Kommandeur der 5. Kavalleriebrigade und der Oberleutnant v. Bergmann beim Stabe des Infanterie- regiments Nr. 19 zum Chef des Generalstabes beim Strohburger Generalkommando ernannt worden.

Eine Wallfahrt nach Lourdes werden die deutschen Katholiken auch im nächsten Jahre veranstalten. Die Abfahrt erfolgt von Berlin aus am 9. Juli. Nach einem sechstägigen Aufenthalt in Lourdes wird am 18. Juli die Heimreise angetreten. Die Ankunft der katholischen Pilger in Berlin ist für den 22. Juli vorgesehen. Führer des Pilgerzuges wird, wie im vorigen Jahre, Pfarrer Scheidtweiler in Reinickendorf bei Berlin sein.

Bei den Posener Stadtverordnetenwahlen der zweiten Abteilung wurden durchweg Deutsche (im ganzen 10) ge- wählt.

Der christlich-soziale Verein Berlin sendet der „Kreuz- ztg.“ folgenden Beschluß: Der christlich-soziale Verein Berlin hält Verhandlungen zur Vereinigung der christ- lich-sozialen und konservativen Partei, wie sie von einem Blatt vorgeschlagen werden, für unmöglich, da es dem ge- schichtlich gewordenen Charakter beider Parteien wider- spricht. Weder die deutsch-konservative, noch die christlich- soziale Partei plant solche Vereinigungen. Einig gegen gemeinsame Gegner müssen die beiden Parteien im Falle der Unabhängigkeit wirken.

Wie die „Korrespondenz des Deutschen Bauernbundes“ mitteilt, ist der Generalsekretär und Landwirt Hester- mann als Reichstagskandidat des Bauernbundes in Frik- lar-Hörsburg, dem Wahlkreis des Abgeordneten Lieber- mann von Sonnenberg, aufgestellt worden. Dieser hat bei der letzten Wahl rund 8900 Stimmen erhalten, gegen- über 3700 freisinnigen und 795 sozialdemokratischen Stimmen.

* Badische Politik.

Die evangelisch-soziale Vereinigung für Baden hielt in Karlsruhe im Saale der „Vier Jahreszeiten“ ihre Mitgliederversammlung ab, in der Pfarrverwalter Seufert-Wollach über den ev.-sozialen Kongreß in Chem- nitz Bericht erstattete und in deren weiteren Verlauf über die Stellung der Vereinigung zur Frauenarbeit in der Fabrik und zum evang. Arbeiterverein sowie über interne Angelegenheiten diskutiert wurde. Abends fand eine öffentliche Versammlung statt, in der Stadtpfarrer Lehmann-Hornberg über die „soziale Volkserziehung“ sprach, die mit der sozialen Besserstellung eines Volkes Hand in Hand gehen müsse, u. a. gehöre zur sozialen Volkserziehung ein umfassenderer Geschichtsunterricht. Die soziale Volkserziehung müsse bei der Jugend ein- setzen, Eltern und Lehrer wie auch Arbeitgeber und Unternehmer müßten das Ihrige tun. Wir müßten mehr nach der Einigung der Stände streben. — Nach kurzer Aussprache, die dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage folgte, wurde die Versammlung von Oberbau- rat Professor Kestle geschlossen.

Ausland.

Die Meuterei auf brasilianischen Kriegsschiffen.

Rio de Janeiro, 24. Nov. Die Meuterei brach vorgestern gleichzeitig auf drei Kriegsschiffen aus. Der Geschwader- kommandant wurde, als er von einem Diner auf einem hier liegenden französischen Kreuzer zurückkehrte, mit den Offi-

zieren und den Matrosen, soweit sie Widerstand leisteten, an Land gesetzt und der Matrose Candido übernahm das Kom- mando. Proviant und Munition waren vorhanden, Kohlen requirierte man aus einem Privatlager. Durch Funkenspruch forderte man vom Präsidenten Abschaffung der überflüssigen Ausrüstung, Erhöhung der Besoldung und Verminderung der Arbeit. Als die Antwort ausblieb, begann die Beschickung der Stadt und der anderen Schiffe. Es entstand ein großer Schrecken, doch wurde nicht viel Schaden angerichtet. Um 7 Uhr morgens, als die treugebliebenen Torpedojäger vor Anker gegangen waren, um die Gegewehr aufzunehmen, fuhren die Meuterer, die eine rote Plagge gehißt hatten, über die Barre hinaus, wobei sie neuerlich Schiffe abgaben. Sie kehrten dann in guter Ordnung in die Stadt zurück und be- gannen von neuem die Beschickung. Ein Schuß tötete in der Stadt eine Frau und zwei Kinder. Das Feuer richtete sich besonders gegen das Marinearsenal. Gegen 1 Uhr mittags ging ein Deputierter an Bord, um zu verhandeln, und be- richtete nach seiner Rückkehr der Kammer, die einberufen worden war, über das Ergebnis. Die Kammer sagte der Regierung ihre Unterstützung zu. Auch im Senat sprach sich die Opposition in demselben Sinne aus. Der nämliche Ab- geordnete überbrachte dann den Meuterern die Aufforderung, sich zu ergeben. Diese verlangten zu allererst eine allgemeine Amnestie, zogen sich aber aus dem Feuerbereich der Torpedo- jäger zurück. Der englische Gesandte hat gegen eine Be- schickung der Schiffe mit Torpedos Einspruch erhoben, weil sich englische Staatsangehörige an Bord befinden. Das eng- lische Geschwader in Montevideo hat Befehl erhalten, sich nach Rio zu begeben. Ein hier liegender portugiesischer Kreuzer hat seine Abreise verschoben. Präsident Hermes wird dem Vernehmen nach die Amnestie unterzeichnen, sobald der Kongreß sie beschließt. Die Meuterer teilten ihm durch Funkenspruch mit, sie erwarteten mit Vertrauen die Ent- scheidung der Regierung.

Die aufreuerischen Schiffe, die sich nachts über auf freiem Meere aufschalteten, sind gestern in den Hafen zurück- gefahrt. Ein Funkentelegramm des Matrosen Joao Candido vom Kanzerischiff „Minas Geraes“, des Führers der Be- wegung, wurde von der Funkstation in der Stadt auf- gefangen. In dem Telegramm wird dem „Sao Paulo“ empfohlen, sich ruhig zu verhalten. Der Verkehr in der Stadt ist normal. Der angerichtete Schaden ist unbedeutend.

Newport, 24. Nov. Nach Nachrichten aus Rio de Janeiro haben die Meuterer der Regierung ihre Übergabe angeboten. Der Senat hat einstimmig den Amnestieerlaß angenommen. Die Kammer hat ihre Beratung noch nicht beendet.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 25. November.

** Zur Volkszählung. In den nächsten Tagen erhält jede Haushaltung, sowie jede einzeln lebende Person, die eine besondere Wohnung inne hat und eigene Hauswirt- schaft führt, eine Zählungsliste zur Ausfüllung ausge- händigt. Pflicht einer jeden Familie ist es, den Zähler, der sich bereitwillig und ehrenamtlich in den Dienst der Allgemeinheit gestellt hat, freundlich aufzunehmen und ihm sein Geschäft durch genaue Antworterteilung soweit als möglich zu erleichtern. Die Zähler genießen in der Wahrnehmung ihrer Pflichten den besonderen Schutz der Gesetzgebung; es steht aber zu hoffen, daß wohl kaum einer das Gesetz anzurufen braucht, sondern alle Zähler werden ohne weiteres die Rücksicht finden, die jeder für das all- gemeine Beste arbeitende Staatsbürger beanspruchen darf.

Die Ausfüllung der Haushaltungsliste soll am 1. De- zember vormittags, nicht früher, erfolgen; und zwar sollen alle Personen, die in der Nacht vom 30. November auf 1. Dezember in den Räumen der Haushaltung, wenn auch nur zufällig, übernachtet haben, eingetragen werden. Kinder, die erst nach Mitternacht geboren werden, bleiben außer Betracht.

Die in der Liste gestellten Fragen sind so einfach und klar gestellt, daß sie einer weiteren Erläuterung hier nicht bedürfen. Besonderer Wert wird auf die genaue Angabe der Religionsgemeinschaft bzw. der Konfession gelegt, allgemeine Bezeichnungen, wie Christ oder christlich usw., sind nicht genügend. Es muß vielmehr heißen: römisch- katholisch, altkatholisch, evangelisch, Methodisch usw. Auch für das Alter sind die Angaben so genau als möglich zu machen; allgemeine Angaben oder Schätzungen sind unzu- lässig.

Nach § 7 der Verordnung über die bevorstehende Volks- zählung ist für alle bei der Zählung über die Persönlich- keit des einzelnen gewonnenen Nachrichten das Amts- geheimnis zu wahren; es kann also jedermann sicher sein, daß seine Angaben über Alter, Religionsbekenntnis, Staatsangehörigkeit, Beruf oder Erwerb niemals vor unberufenen Augen kommen oder an die Öffentlichkeit ge- langen. Alle Angaben in den Zählungslisten werden nur für statistische Zusammenstellungen, dagegen nicht für steuerliche Zwecke benützt. Die Zählpapiere werden nach beendeter Arbeit eingestampft.

Die Haushaltungslisten werden vom Donnerstag den 1. Dezember, nachmittags, ab von den Zählern abgeholt; letztere sind verpflichtet, die Haushaltungslisten auf ihre Vollständigkeit zu prüfen und etwa erforderliche Ergän- zungen oder Berichtigungen an Ort und Stelle zu be- wirken. Kann der Haushaltungsvorstand am Nachmittag des 1. Dezember nicht zu Hause sein, so sollte er dafür sorgen, daß jemand anders in seiner Wohnung dem Zähler die Papiere aushändigen kann. Jedenfalls ist es die Pflicht aller, dem ehrenamtlichen Zähler jeden un- nötigen Gang zu ersparen und ihm sein Geschäft soweit als möglich zu erleichtern.

Der Minister des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherr von Marischall, ist nach mehrtägigem Aufenthalt in Berlin heute hierher zurück- gefahrt.

(Personalveränderungen im Ober-Postdirektionsbezirk Konstanz.) Etatmäßig angestellt ist die Telegraphengehilfin Mispel in Offenburg.

In den Ruhestand tritt der Ober-Postassistent Kallert in Randern.

Gestorben ist der Ober-Postassistent A. D. Müller in Badenweiler.

Der „Deutsche Handelstag“ hat sich mit einer Eingabe an die Finanzminister der deutschen Bundesstaaten gewendet mit dem Verlangen, die Steuerprivilegien der Konsumvereine zu beseitigen. Das badische Finanzministerium hat dem Deutschen Handelstag auf dieses Ersuchen folgendes erwidert: „Nach der badischen Steuer-Gesetzgebung gilt der Geschäftsbetrieb der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (auch derjenigen, die nur die Bedürfnisse ihrer Mitglieder befriedigen) als gewerbliche Unternehmung. Diese Genossenschaften sind daher auch grundsätzlich vermögens- (Gewerb-)steuerpflichtig. Befreit sind nur die im § 51 Ziff 3 BStG erwähnten kleinen Vorzucht- und Kreditvereine, landwirtschaftlichen und Kleingewerblichen Vereinigungen und Baugenossenschaften. Zur Einkommensteuer werden von den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nur die Konsumvereine, mit Ausnahme derjenigen, die vorwiegend den gemeinschaftlichen Einkauf von Wirtschaftsbedürfnissen des landwirtschaftlichen Betriebs für die Vereinsmitglieder bezwecken, herangezogen. Als deren Einkommen gelten die Überschüsse, die als Zinsen und Dividenden unter die Mitglieder verteilt werden, soweit sie 3 v. H. der Geschäftsguthaben der Mitglieder übersteigen, ferner die Überschüsse, die zur Bildung von Reservefonds, zur Schuldentilgung usw. verwendet werden. Daneben haben die Konsumvereinsmitglieder, ebenso wie die Mitglieder der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ihre Geschäftsguthaben zur Vermögenssteuer und das hieraus fließende Einkommen zur Einkommensteuer zu versteuern. In gleichem Umfang unterliegen die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und ihre Mitglieder mit ihrem Vermögen und Einkommen den direkten Gemeindesteuern.“

Aus der Residenz.

(Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion wird uns mitgeteilt: Hebbels „Maria Magdalena“, das seit achtzehn Jahren hier nicht mehr zur Aufführung gelangt ist, wird Samstag, den 26. November, neu einstudiert in Szene gehen. Nachdem im vergangenen Jahre das Hebbel-repertoire durch die Wiederaufnahme der „Judith“ vermehrt worden ist, wird jetzt des Dichters „bürgerliches Trauerspiel“ wieder im Spielplan erscheinen. Dieses Werk hat sich die Bühne erobert schon zu einer Zeit, als die anderen Dramen Hebbels noch zum größten Teil unversandt blieben. — Die für Sonntag, den 27., nachmittags 12 Uhr, angekündigte Vorstellung für den Verein Volksbildung muß verschoben werden. Der neue Termin für diese Veranstaltung wird baldigst bekannt gemacht. — Am Sonntag den 27. November, vormittags 12 Uhr, werden die Herren erster Hofkapellmeister Reichwein und Opernregisseur Dumas im Foyer des Groß. Hoftheaters einen Vortrag über das an dem genannten Tage zum ersten Male zur Aufführung gelangende „Mishabeva“ von Dr. Gotthelf halten. Die Generaldirektion des Groß. Hoftheaters verbindet mit diesem Vortrag die Absicht, das Werk dem Publikum musikalisch und poetisch nahe zu bringen. Die Abonnenten des Groß. Hoftheaters sowie die Besitzer von Eintrittskarten für die Erstaufführung haben, soweit Platz vorhanden ist, unentgeltlich Zutritt.

(Der Verein bildender Künstler Karlsruhe) hielt am 22. d. M. seine ordentliche Generalversammlung ab. Professor Ferdinand Keller, ein Gründer des Vereins und dessen Ehrenmitglied, wurde, wie schon mitgeteilt, unter lebhafter, allseitiger Zustimmung zum ersten Vorsitzenden gewählt. Die übrigen Herren des Vorstandes nahmen zuweilen ihre Wahl wieder an. Die Vorstandsschaft für das Jahr 1910/11 setzt sich demnach zusammen: erster Vorsitzender: Professor Ferdinand Keller; zweiter Vorsitzender: Maler Hellmut Eichrodt; Säckelmeister: Friedrich Weber, Sekretär der Akademie der bildenden Künste; erster Schriftführer: Maler Paul Kutsche; zweiter Schriftführer: Hans Brünner; Vergütungswarte: Otto Eichrodt, Professor Otto Kemmer; Hauswart: Professor Wilhelm Lang, Maler Adolf Zunn; Rechtsbeirat: Rechtsanwalt Max Garrer.

(Die Schan von Polizeibanden), die am Sonntag den 20. November in der Ausstellungshalle in Verbindung mit einer großen Vorführung dreierhundert Polizeihunde stattfinden sollte, wurde des Nachts wegen auf Sonntag den 27. November verschoben. Im übrigen bleibt das Programm bestehen.

E. (Aus der Sitzung der Strafkammer II vom 22. Nov.) Vorsitzender: Vizegerichtsdirektor Oer. Vertreter der Groß. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Sauer. — Als einziger Fall hand heute die Anklage gegen die 29 Jahre alte, geschiedene Kettenmacherin Anna Rosa Wittigshofer geb. Haag aus Forstheim wegen fahrlässigen Fahrlässigkeit zur Verhandlung. Nach dem heutigen Verhandlungsergebnis erachtete der Gerichtshof die Angeklagte schuldig und erkannte gegen sie unter Einrechnung der am 24. September ausgesprochenen Strafe auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 1 Monat Unterhofschaft und der seit 12. Oktober verübten Strafbest.

Badische Chronik.

B.C. Heidelberg, 23. Nov. Beim Hofhof und Königsstuhl sind die Adelsbahnen besetzbar. Die Schneehöhe beträgt ca. 15 cm, die Kälte 1 Grad.

B.C. Bruchsal, 22. Nov. Auf Anordnung des hiesigen Stadtrats wurden sämtliche Kinder der Volksschule einer schulärztlichen Untersuchung unterworfen. Hierbei ist der Stadtverwaltung Bericht erstattet worden. Die bei der Untersuchung besonders festgestellten Mängel wurden den betreffenden Eltern der Kinder mitgeteilt. Die Stadtverwaltung will auch in diesem Winter wieder an bedürftige Kinder warmes Frühstück abgeben.

B.C. Willingen, 23. Nov. In der vorgestrigen Bürgerausführung wurde nach eingehender Besprechung die Angelegenheit Anschlag der Stadt Willingen an das Kraftwerk Laufenburg bezw. Erweiterung des hiesigen städtischen Elektrizitätswerks einer Kommission überwiesen, welche bereits gestern die Beratungen aufnahm.

oc. Aus Baden, 23. Nov. Die Arbeitgeberverbände des deutschen Holzgewerbes beschließen eine allgemeine Preis-erhöhung der Schreinerarbeiten um 7 1/2 Proz.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 25. Nov. (Reichstag.) In der heutigen Sitzung wurde die Besprechung der Interpellationen über die Fleischsteuerung fortgesetzt. Der Sozialist Hildebrandt weist auf die Erbitterung der Arbeiter über die Fleischsteuerung hin, die Regierung müsse Schritte zur Vinderung unternehmen.

Staatssekretär Delbrück erklärt: Die Mehrheit des Hauses steht nach dem Ergebnis der Debatte in der Hauptsache auf dem Standpunkt des Reichskanzlers. Das Reichsgesundheitsamt hat nachgewiesen, daß das in Deutschland benötigte Quantum Fleisch vorhanden ist. Wenn auch Schwankungen selbstverständlich sind, so müssen wir doch alles tun, um einem Mangel vorzubeugen. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur darüber, ob der Reichskanzler Mittel hat, um diese Überstände zu beseitigen, und ob die Kosten dieser Mittel nicht in einem Mißverhältnis stehen zu dem Erfolg. Wir müssen die Schutzmaßnahmen aufrechterhalten. Eine wesentliche Erleichterung des Marktes ist durch die Öffnung der Grenzen nicht zu erwarten. Eine Sicherstellung der Fleischversorgung für alle Zeiten ist nur möglich, wenn wir der Landwirtschaft eine gewisse Sicherheit und einen mäßigen Gewinn verbürgen und sie gegen die Seuchengefahr schützen.

Berlin, 25. Nov. Wie die „Kreuzzeitung“ meldet, hat die konservative Fraktion des Reichstags den Beschluß gefaßt, der Reichswertzuwachssteuer „in der vorläufigen Form, in der die Kommission sie bisher ausgearbeitet hat“, zuzustimmen.

Berlin, 25. Nov. Die dritte Kommissionsberatung des Reichswertzuwachssteuergesetzes wurde vom Staatssekretär des Reichsschatzamts, Wernuth, mit einer längeren Rede eingeleitet, in der der Staatssekretär empfahl, sich gegenwärtig zu halten, daß bei aller Anerkennung des Einflusses der Einzelstaaten und Gemeinden das Reich die Grundlage für die außerordentliche Entwicklung des Erwerbs- und Wirtschaftslebens und damit für den Wertzuwachs an Grund und Boden bilde. Dem Reich seien nur wenig Befreiungsarten zugänglich und gerade die Zuwachssteuer habe im Volksbewußtsein eine besonders tiefe Wurzel gefaßt. Durch die Zuwachssteuer sei auch Gelegenheit gegeben, an der Entwicklung unserer Heeres-einrichtungen und an der Verbesserung des Loses unserer Veteranen mitzuarbeiten. Die Kommission beschloß, die Rede des Staatssekretärs im Wortlaut allen Mitgliedern zugänglich zu machen, und vertagte sich auf Donnerstag.

Berlin, 25. Nov. Die heilige mexikanische Gesandtschaft teilt mit, daß an allen Orten, an welchen Unruhen herrschten, wieder Ruhe eingetreten ist.

Straßburg, 25. Nov. Die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ veröffentlicht folgende Verordnung: In Ergänzung der Verordnung vom 10. d. M. betreffend die Einfuhr und Durchfuhr von Tieren aus Frankreich, ist unterm 18. d. M. folgende Ministerialverfügung erlassen worden: Außer in die städtischen Schlachthöfe in Straßburg, Metz und Mühlhausen für Elsaß-Lothringen, Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg für das Großherzogtum Baden, dürfen Rinder und Schweine unter den in der Verordnung vom 10. d. M. festgesetzten Bedingungen auf der Eisenbahn über die Eingangsstellen Altmünster, Deutsch-Wircourt und Rouvécourt auch in die städtischen Schlachthöfe von Kolmar, für Elsaß-Lothringen, Freiburg, für das Großherzogtum Baden, Stuttgart, für das Königreich Württemberg, Augsburg, Hof, Kaiserslautern, Ludwigshafen, München, Nürnberg, Regensburg, Rosenheim, für das Königreich Bayern, Mainz, für das Großherzogtum Hessen, aus Frankreich eingeführt und durch Elsaß-Lothringen durchgeführt werden.

Darmstadt, 25. Nov. Der Großherzog hat anlässlich seines heutigen Geburtstages das Großkreuz des Ludwigordens dem Reichskanzler und das Großkreuz des Verdienstordens Philipps des Großmüthigen dem preussischen Staatsminister Dr. Delbrück und dem hiesigen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Wirkl. Geheimen Rat v. Sageru verliehen.

London, 25. Nov. In der irischen Provinz Ulster haben die Unionisten ein Manifest erlassen, in welchem sie erklären, wenn das irische Parlament zustande kommen werde, so würden sie es nicht anerkennen, seine Beschlüsse nicht befolgen und die von ihm ausgeschriebenen Steuern nicht bezahlen.

St. Petersburg, 25. Nov. Die am 28. d. in Kojtow abgehaltene Konferenz von Großindustriellen des Moskauer Bezirks über die Frage der russischen Handelsinteressen in Persien sprach den Wunsch aus, daß im Falle des Abschlusses eines Abkommens mit Deutschland den Interessen des russischen Handels mit Persien die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werde.

Mexiko, 25. Nov. Der Botschafter der Vereinigten Staaten erklärte, seines Erachtens sei die Ordnung in der ganzen Republik wiederhergestellt. Zu Befürchtungen sei kein Grund vorhanden.

Revoler, 24. Nov. Nach einem Telegramm aus Ciudad hat die Regierung die Einziehung des gesamten Eigentums Baberos, des Führers der Aufständischen, angeordnet, dem ausgedehnte Besitztümer im nördlichen Mexiko gehören. Die

Regierung hat große Mengen Sprengstoffe beschlagnahmt, die als Minenmaterial aus den Vereinigten Staaten eingeführt sein sollen.

Rio de Janeiro, 25. Nov. In der Deputiertenkammer macht sich gegen den Amnestieentwurf eine starke Opposition geltend. — Schließlich wurde die Beratung auf heute vertagt. Man glaubt, daß die Amnestie mit schwacher Mehrheit bewilligt werden wird. Die Panzerschiffe „Sao Paulo“ und „Bahia“ befinden sich außerhalb der Barre. Der „Minas Geraes“ beschloß gestern um 7 1/2 Uhr ein Kanonenboot, darauf nahm er in der Bucht gegenüber dem Präsidentenpalastgebäude Stellung.

Rio de Janeiro, 25. Nov. Die Kammer hat heute die Amnestie der Meuterer beschlossen. Die Forderung, die körperliche Züchtigung abzuschaffen und den Mannschaftsstand der Schiffe zu erhöhen, wurde bewilligt. Die Meuterer haben sich unterworfen.

Verschiedenes.

Berlin, 24. Nov. Das Auftreten der russischen Sänger in sibirischer Gefangenentracht ist unter gewissen Einschränkungen von der Polizei wieder freigegeben worden.

Hamburg, 25. Nov. Wegen Nebels stockt die Schifffahrt auf der Elbe vollständig. Seit gestern abend 10 Uhr sind weder Schiffe in der Stadt angekommen noch von da abgegangen.

Familiennachrichten.

Todesfälle. Julius Raubacher, Schlosser, Chemann. — Leopold Hüttich, Lokomotivführer, Chemann. — Rosa Wolf, Witwe. — Gottfried, B.: Karl Minch, Schuhmacher. — Elise, B.: Eduard Weingärtner, Schlosser. — Luise, B.: Gottlieb Präminger, Schreiner. — Leon Goffin, Privat, Chemann. — Heinrich Diebold, Schreiner, Chemann. — Albert Rommel, Fabrikdirektor, Chemann. — Frieda Reuß, Näherin, ledig. — Luise Büchel, Näherin, ledig. — Elsa, B.: Friedr. Kern, Landwirt.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Samstag, 26. Nov. Abt. C. 18. Ab. Vorst. Neueinstudiert: „Maria Magdalena“, ein bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten von Hebbel. Anfang 1/8 Uhr, Ende 10 Uhr.

Z.B.f.M.u.H. Schneehöhebeobachtungen. Die Schneehöhen haben in der verflochtenen Woche noch weiter zugenommen. Am Morgen des 24. November (Donnerstag) sind gelegen in Furtwangen 40, in Dürheim 13, in Steiten a. F. M. 7, in Seilgenberg 12, beim Feldbergerhof 55, in Titisee 33, in Bonndorf 15, in Höchenschwand 22, in Gerbsbad 41, in Heubronn 40, in St. Märgen 60, in Oberprechtal 5, in Kniebis 62, in Breitenbrunn 40, in Kastenbrunn 48, in Strümpfelbrunn 32 und in Büchen 12 cm.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 25. November, früh:

Die Luftdruckverteilung ist heute ziemlich verwickelt. Die Zunge hohen Druckes, die sich gestern von dem über Nordost-europa gelegenen Kern weit in das Binnenland herein erstreckt hatte, hat sich wieder zurückgezogen; ein weiteres Hochdruckgebiet dehnt sich von Österreich über Italien und die Balkanhalbinsel aus. Die Depression über Westrußland ist gegen die russischen Ostseeprovinzen zu gezogen; die nordwestliche hat sich nicht verändert, über dem Kanal hat sich dagegen ein Teilminimum entwickelt. In Süddeutschland war es am Morgen bei stellenweise starkem Frost (München — 13 Grad C.) heiter, sonst war es meist trüb. Da das Ortsbarometer stark fällt, so scheint sich das Teilminimum uns zu nähern; es ist deshalb ein Umschlag zu trübem und wärmerem Wetter mit Niederschlägen zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 25. November, früh:

Lugano bedeckt 0 Grad, Biarritz wolzig 13 Grad, Coruna bedeckt 14 Grad, Perpignan bedeckt 9 Grad, Nizza Regen 5 Grad, Triest wolzig 3 Grad, Florenz wolzig 3 Grad, Rom bedeckt 2 Grad, Cagliari heiter 12 Grad, Soria (Moren) Regen 19 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

November	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Witterung
24. Nachts 9 ^h 11.	755.5	-1.4	3.1	74	NE	wolkenlos
25. Morgs. 7 ^h 11.	750.1	-3.4	2.6	73	NE	heiter
25. Mittags 2 ^h 11.	745.6	-0.3	2.9	64	NE	bedeckt

Höchste Temperatur am 24. November: 2.3; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -4.0.

Niederschlagsmenge, gemessen am 25. November, 7^h früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 25. November, früh: Schußstein 1.74 m, gefallen 6 cm; Rehl 2.67 m, gefallen 9 cm; Maxar 4.31 m, gefallen 12 cm; Mannheim 3.98 m, gefallen 14 cm.

Verantwortlich für die Redaktion:

Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Staunische Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

G. Henneberg, Zürich

Direkte Bezugsquelle von Seidenstoffen jeder Art.

Schon verzollt! — Verlangen Sie Muster!

3.993
Adolf Glatt
Anfertigung feiner Herrengarderobe
Bivile Preise Amalienstrasse 69/71

Weihnachts-Verkauf

Herrenstoffe
Damenstoffe
Mantelstoffe
Seide und Samt
Baumwollstoffe
Haushaltungstoffe

Durch vorteilhaften Einkauf großer Fabrikenposten und durch Hinzuziehen von Restbeständen unseres Engroslagers sind wir in der Lage, wiederum überaus vorteilhafte Kaufgelegenheit zu bieten.

Spezial-Haus für Stoffe Leipheimer & Mende

Kaiserstr. 169

Als willkommene Weihnachtsgeschenke empfiehlt

eingerahmte Bilder

Bronzen Marmorsäulen
E. Büchle
Billige Preise Große Auswahl
Kunsthaltung und Rahmenfabrik
Kaiserstr. 149

Telephon 1869

A. Hunsinger

Schneider für Herren
Kaiserstrasse 124

Anerkannt feinstes Massgeschäft, mässige Preise

Hof-Juwelier

Ludwig Bertsch

Kaiserstr. 165 Karlsruhe Telephon 1478

ladet zur Besichtigung seines mit allen Neuheiten ausgestatteten reichhaltigen Lagers in



Juwelen
Gold- u. Silberwaren
höflichst ein

An den vier Sonntagen vor Weihnachten ist das Geschäft bis 7 Uhr abends geöffnet

Friedrichsbad Karlsruhe,
Kaiserstraße 136.

Salon- u. Wannenbäder

1., 2. und 3. Klasse, alle im 2. Stock gelegen — keine Bodenkälte. Gleichmäßig erwärmt — den ganzen Tag geöffnet — rasche Bedienung
Mittwochs und Samstags bis 10 Uhr abends.

Aufforderung.

Erneuerung von Begräbnisplätzen betr.
Im hiesigen alten Friedhofe soll in der II. und III. Abteilung die Umgrabung derjenigen Begräbnisplätze vorgenommen werden, welche in der Zeit vom Jahre 1883 bis einschl. 1885 und vom 1. Juli 1889 bis einschl. 1890 belegt worden sind.
Etwaige Hinterbliebene werden daher aufgefordert, soweit eine Verlängerung der Umgrabungszeit nicht bereits erfolgt ist, diese bis spätestens 10. Dezember d. J. dahier zu beantragen, oder die auf fraglichen Gräbern etwa noch befindlichen Grabdenkmäler zu entfernen, andernfalls dieselben von seiten der Stadtgemeinde beseitigt und gemäß § 28 der Friedhofordnung zugunsten der Friedhofkasse verwertet werden.
Die Umgrabungszeit beträgt 20 Jahre; die Verlängerungsfrist hierfür ist für ein Grab an der Mauer auf 50 M., für alle übrigen Gräber auf je 25 M. festgesetzt.
Rastatt, den 10. November 1910.

Der Gemeinderat.
Bräunig. Dumann.

Residenz-Theater
30 Waldstraße 30
Von den teuren Tönen, die der vielumschwärmte Sangesmeister
Caruso
gesungen hat, bekommt man im
Residenz-Theater
Waldstr. 30 in dem jeweiligen Programm einige Nummern der letzten Aufnahmen zu hören. M.526

Sie müssen
im Winter Ihre Pferde schonen durch Benutzung der selbstbewährten **Original-H-Stollen** mit der Marke .
Stets scharf! Krossenritt unmöglich! Das einzig Praktische & glatte Wege!
Leonhardt & Co.
Berlin-Schöneberg.
Katalog gratis.

Konrad Schwarz
nur Waldstr. 50 Tel. 982
Sanitäre Anlagen u. Beleuchtung
Werkstoffe, Neuanlagen u. Reparaturen bei billig. Berechnung
Großes Lager — Rabatmarken.



Kaiser-Kinematograph.

Programm vom 26. bis inkl. Montag den 28. November 1910.

Der Wucherer, Drama.
Die Schweiz, am Vierwaldstätter See. Naturaufnahme.
Müller zwischen 2 Feuern. Burleske.
Ueberfall auf einen Zug in Texas. Wiedergabe einer amerik. Räuberszene auf der Southern Pacific.
Fred Sato mit seinen Hunden, akrob. Szene.
Eine geheimnisvolle Entführung, kom. Szene.
Unsere Lieblinge, Bilder von einer Kinder-Ausstellung.
Die jüngsten Weitererfolge im Bilde. M.546

Bürgerliche Rechtsstreite.
Effektliche Bekämpfung einer Klage. M.519.21. Nr. 19717. Heidelberg.
Die Händler **Johann Hofmann** II Ehefrau, **Edwina geb. Segebach** in Not bei Wiesloch, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Neuburger und Singhof in Heidelberg, klagen gegen ihren genannten Ehemann, zuletzt wohnhaft zu Not, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, mit dem Antrage auf Scheidung der am 13. Oktober 1898 zu Not bei Wiesloch geschlossenen Ehe aus Verschulden des Beklagten.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor die zweite Zivilkammer des Grobsh. Landgerichts zu Heidelberg auf
Mittwoch den 25. Januar 1911, vormittags 9 1/2 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gebachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Heidelberg, den 21. November 1910.
Krauert,
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Vermischte Bekanntmachungen.
Stangen-Lieferung.

Wir haben die Lieferung von 1000 taumelnden Stangen nach Maßgabe der Verordnung des Grobsh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 zu vergeben. M.453.2
Die Verdingungsunterlagen können auf unserem Bureau, Ertlingerstraße 39 III, eingesehen werden, wofür selbst auch die Lieferungsbedingungen unentgeltlich (nach auswärtig gegen 10 Pf. Portoersatz) abgegeben werden.
Angebote müssen spätestens bis zum Eröffnungstermin: Dienstag den 29. November 1910, vormittags 9 Uhr, portofrei, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, eintreffen.
Zuschlagsfrist 14 Tage.
Karlsruhe, den 18. November 1910.
Grobsh. Bauinspektion II.

Anfrichtsarbeiten-Bergebung.

Für die Verlegung des Personenbahnhofes Karlsruhe haben wir den Brückenantrieb der Apfelallee- und Albtalbahnunterführung mit beiläufig 5000 qm Strichfläche nach Maßgabe der Verordnung des Grobsh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 zu vergeben. M.454.2
Die Unterlagen zur Vergebung, die nicht nach auswärtig gefandt werden, liegen auf unserem Geschäftszimmer, Ertlingerstraße 39 III, zur Einsicht auf und werden daselbst gegen 20 Pf. Kopierersatz abgegeben.
Angebote müssen spätestens bis zum Eröffnungstermin: Mittwoch den 30. November 1910, vormittags 11 Uhr versiegelt, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, eintreffen.
Die Zuschlagsfrist beträgt 14 Tage.
Karlsruhe, den 19. November 1910.
Grobsh. Bauinspektion II.

Deutsch-Französischer Güterverkehr über Elsass-Lothringen.

Mit Gültigkeit vom 1. Dezember 1910 sind die Stationen Heidelberg Hauptbhf., Karlsruhe Hafen, Karlsruhe Hauptbhf., Karlsruhe Mühlburg, Karlsruhe Rangierbahnhof, Aehl, Strachheim b. Heidelberg, Alenfens, Kuppenheim und Redareiz mit ermäßigten Frachttarifen für Zement, Zement- und Betonwaren des deutschen Spezialtarifs III bei Beförderung in Wagenladungen von 10 000 kg in den Ausnahmetarif 19 Bdt. a Ziffer 12 des Tarifs Teil II A aufgenommen worden. Nähere Auskunft erteilen diese Dienststellen. M.547
Karlsruhe, den 23. November 1910.
Grobsh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.